

Die Vertretung der Hohenzollerischen Lande im Preußischen Staatsrat

von der Landesverfassung abzuweichen, mit der vielsagenden Einschränkung: *Neben der Einrichtung des Landtags darf die des Staatsrats als solche von der Gesetzgebung nicht berührt werden.* Dies war also keine Bestandsgarantie für das Verfassungsorgan Staatsrat, sondern lediglich für eine so geheiene Kperschaft.

Folglich kündigte – im Zuge des *organische[n] Um- und Ausbau[s] des Staates*²⁹ – Ministerpräsident Göring in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums am 29. Mai 1933 eine *Umgestaltung des Staatsrats* an, der *zu einer Art Oberhaus ausgebaut werden müsse, aber keine parlamentarischen Aufgaben übernehmen, sondern die Staatsregierung lediglich beraten* solle³⁰. Das Ende des Staatsrats kam dann durch das vom Staatsministerium am 7. Juli beschlossene und am 8. Juli verkündete Gesetz über den Staatsrat³¹, dessen § 15 nicht nur den *bisherigen Staatsrat* auflöste, sondern zugleich den Artikel IV der Preußischen Verfassung, der den Staatsrat und seine Stellung im Staatsgefüge zum Gegenstand hatte, außer Kraft setzte und somit den Staatsrat als Verfassungsorgan beseitigte. Die weiterhin bestehende Kperschaft Staatsrat hatte forthin das Staatsministerium *bei der Führung der Staatsgeschäfte* nur noch zu beraten³², die Mitglieder wurden vom Ministerpräsidenten ernannt. Bestimmte Personengruppen, darunter die für preußische Gebietsteile zuständigen Gauleiter³³, gehörten dem Staatsrat qua Amt oder Funktion an.

Nach der prunkvollen Eröffnung des Staatsrats durch den Ministerpräsidenten Göring am 15./16. September 1933 trat der Staatsrat nur noch zu fünf Sitzungen zusammen³⁴. Er blieb aber als Kperschaft bis zum Ende des Dritten Reiches bestehen, weiterhin wurden Mitglieder berufen und auch abberufen. „Preußischer Staatsrat“ war ein respektierlicher Titel im Dritten Reich, mit dem sich zahlreiche Funktionäre gern schmckten³⁵. Personen aus den Hohenzollerischen Landen wurden jedoch nicht zu Staatsrten ernannt.

29 So Ministerpräsident Göring in der Sitzung des Landtags am 18.5.1933 (Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 5. Wahlperiode, 1. Bd., Sp. 19).

30 DIRK BLASIUS: Carl Schmitt. Preußischer Staatsrat im Dritten Reich. Göttingen 2001. S. 86. Vgl. auch Volksparole Krefeld Nr. 124, 31.5.1933.

31 GS 1933, S. 241. Das Gesetz trat am 11. Juli 1933 in Kraft.

32 In § 10 Abs. 2 des Gesetzes wurde ausdrücklich bestimmt: *Der Staatsrat stimmt nicht ab.*

33 Es sei nur am Rande erwähnt, daß der für die Hohenzollerischen Lande zuständige Gauleiter Wilhelm Murr (Württemberg-Hohenzollern) nicht zum Preußischen Staatsrat ernannt wurde, wohl nicht nur, weil er als Reichsstatthalter nicht zum Staatsrat hätte ernannt werden können. An seiner Stelle hätte beispielsweise der Stellvertretende Gauleiter, Friedrich („Frieder“) Schmidt, ernannt werden können. Der Verfasser vermutet, daß seinerzeit einfach nicht daran gedacht worden ist, daß diese Bestimmung streng genommen auch auf die Hohenzollerischen Lande hätte Anwendung finden müssen.

34 12.10.1933, 18.6.1934, 21.3.1935, 25.6.1935, 5.3.1936.

35 So hatte Göring bei der Publikation des Staatsratsgesetzes erklärt: *Jeder, der im Preußischen Staatsrat ist, trägt den Titel ‚Preußischer Staatsrat‘ und ist so zu betiteln und anzureden. Die Stellung des Staatsrats ist herausgehoben; er kommt unmittelbar hinter den Ministern, steht also über allen anderen Beamten der preußischen Verwaltung. Staatsräte und Staatssekretäre sind diejenigen, die unmittelbar in der Rangordnung den Staatsministern folgen.* (zit. nach BLASIUS: Schmidt (wie Anm. 30), S. 88) – Die Staatsräte waren sogar befugt, für ihre Person eine Dienstflagge zu führen (MBliV. 1933 I, Sp. 1235; 1934, Sp. 703).